

MONITOR

WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

“Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt ...”

Repräsentative Trend-Umfrage zu Zufriedenheit, Vertrauen, Populismus und Parteisympathie

Sabine Pokorny

- › Die Demokratiezufriedenheit sinkt um 14 Prozentpunkte, in Westdeutschland stärker als in Ostdeutschland und in der Grünen-Wählerschaft stärker als in anderen Wählergruppen.
- › Das Vertrauen in den Bundestag und die Bundesregierung geht zurück, vor allem unter Wählerinnen und Wählern von CDU/CSU und SPD.
- › Die Zuversicht für die Zukunft sinkt besonders stark in der Grünen-Wählerschaft, aber auch in den Wählerschaften von Union und SPD. Sie steigt dagegen unter Wählerinnen und Wählern der AfD.
- › Die Sympathie für CDU, CSU und FDP ist stabil. Sie sinkt für SPD und Grüne, vor allem in Westdeutschland. Die Linke büßt in Ostdeutschland an Beliebtheit ein. Einzig die AfD gewinnt in Ost- und Westdeutschland an Beliebtheit hinzu.
- › In früheren Umfragen hatten die Wählerinnen und Wähler der AfD durchgängig keine Sympathien für andere Parteien als die AfD. Jetzt äußern sie nennenswerte Sympathien für CDU, CSU, FDP und Linke.

Inhaltsverzeichnis

Veränderungen auf dem Wählermarkt	3
Die Studien	3
Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen	3
Zukunftsansicht und Sicherheitsgefühl	11
Populismus und Verschwörungsglaube	13
Parteisympathie	18
Fazit	28
Literatur	29
Impressum	30
Die Autorin	30

Veränderungen auf dem Wählermarkt

In den Nachrichten überwiegt der Eindruck einer zerstrittenen Regierung. Regelmäßige Umfragen wie das Politbarometer oder der DeutschlandTREND messen eine große Unzufriedenheit mit der Bundesregierung sowie mit Politikerinnen und Politikern. Zusätzlich liegt die AfD in der sogenannten Sonntagsfrage im Juli 2023 bei 20 Prozent (DeutschlandTREND vom 6. Juli 2023 und Politbarometer Juli 2023).

Welche Einstellungsänderungen sind mit diesen Entwicklungen verbunden? Wie steht es um Demokratiezufriedenheit, Institutionenvertrauen und Vertrauen in die Zukunft? Wie verändern sich die Parteisymphathien? Diesen Fragen geht die Konrad-Adenauer-Stiftung mithilfe von zwei repräsentativen Umfragen im Abstand von sechs Monaten nach.

Die Studien

Bei beiden Umfragen handelt es sich um CATI-Mehrthemen-Befragungen (sogenannte „BUS-Einschaltungen“) mit dem EMNIDbus von Kantar Public. Die Interviews wurden telefonisch über Festnetz und Mobilfunk (80/20) geführt. Bei beiden Erhebungen wurde ein disproportionaler Stichprobenansatz gewählt. Um ausreichend Fälle in Ostdeutschland für tiefergehende Analysen sicherzustellen, wurden überproportional viele Ostdeutsche befragt. Für die Analysen wurde die Stichprobe gewichtet, um die Überrepräsentation Ostdeutschlands auszugleichen. Die Umfrage ist repräsentativ für die deutschsprachige wahlberechtigte Bevölkerung ab 18 Jahren. Die erste Umfrage (Umfrage 1039 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.) basiert auf 1.531 Interviews (Ost: 613, West: 918) und wurde zwischen dem 30. November und 14. Dezember 2022 durchgeführt. Für die zweite Umfrage (Umfrage 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.) wurden zwischen dem 1. und 20. Juni 2023 insgesamt 1.524 Personen (Ost: 601, West: 923) befragt.

Aufgrund der zu geringen Fallzahlen der Wählerinnen und Wähler der Linken (2022: 83; 2023: 74) und der FDP (2022: 47; 2023: 61) werden die Ergebnisse für diese beiden Wählergruppen nicht ausgewiesen. Eventuelle Veränderungen zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten können den größeren Messunsicherheiten aufgrund der geringen Fallzahl geschuldet sein.

Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen

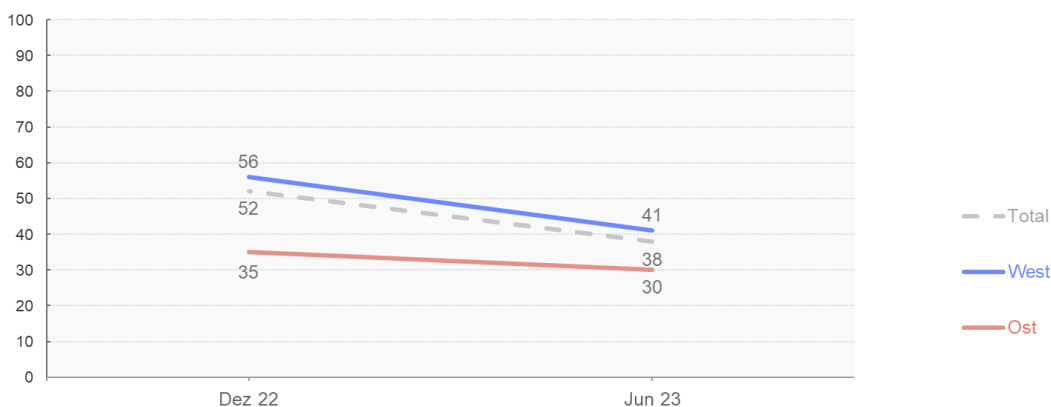
Passend zur Unzufriedenheit mit Regierung sowie Politikerinnen und Politikern, die sich in DeutschlandTREND und Politbarometer zeigen, sinkt auch die Demokratiezufriedenheit. Zudem verlieren die Bürgerinnen und Bürger an Vertrauen in die Bundesregierung und den Bundestag.

Die Demokratiezufriedenheit sinkt insgesamt und besonders stark in Westdeutschland. Dadurch verringert sich der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland in der Zufriedenheit mit der Demokratie deutlich.

Insgesamt geht die Demokratiezufriedenheit zwischen Dezember 2022 und Juni 2023 von 52 auf 38 Prozent zurück. Besonders groß fällt der Rückgang in Westdeutschland aus. Ende 2022 waren noch 56 Prozent der Westdeutschen sehr zufrieden oder zufrieden mit der Demokratie, im Juni 2023 sind es nur noch 41 Prozent. In Ostdeutschland fällt der Rückgang moderater aus, allerdings waren hier schon im Dezember 2022 nur 35 Prozent (sehr) zufrieden mit der Demokratie. Im Juni 2023 liegt die Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland bei 30 Prozent.

In einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung von Ende 2018 ergaben sich ähnlich niedrige Zufriedenheitswerte (Pokorny 2020: 7). Allerdings war damals der Anteil an Befragten, die mit „teils-teils“ antworteten, mit 44 (West) und 49 Prozent (Ost) sehr hoch. Ziemlich oder sehr unzufrieden waren 2018 nur 15 Prozent der West- und 28 Prozent der Ostdeutschen. Im Juni 2023 sind dagegen nur 32 (West) und 35 Prozent (Ost) teils zufrieden und teils unzufrieden. Stattdessen sind 27 Prozent der West- und 36 Prozent der Ostdeutschen (sehr) unzufrieden mit der Demokratie.

Abbildung 1: Demokratiezufriedenheit (Antworten: sehr zufrieden/zufrieden)

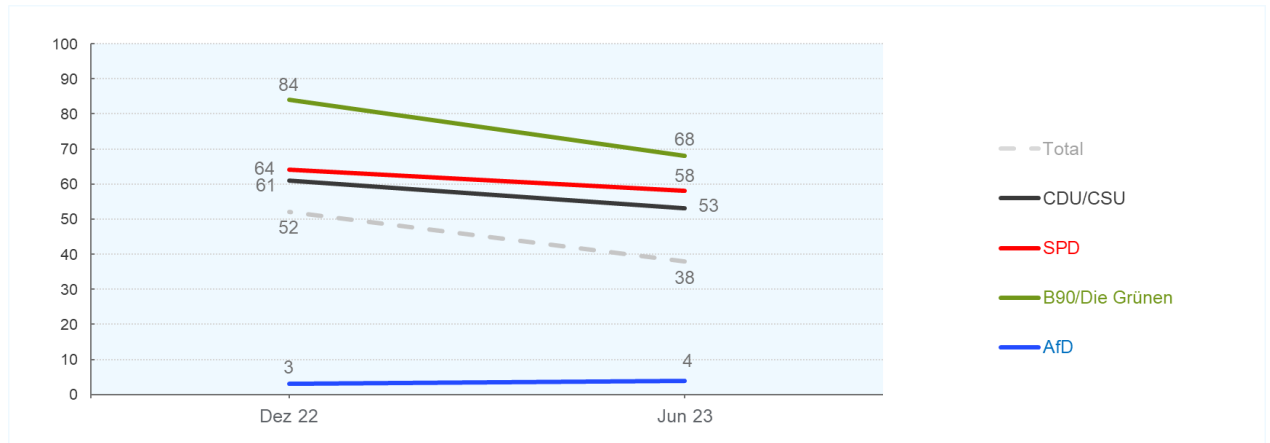


Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils-teils/unzufrieden/sehr unzufrieden/weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht: Sind Sie sehr zufrieden, zufrieden, teils-teils, unzufrieden oder sehr unzufrieden?“

Besonders stark geht die Zufriedenheit mit der Demokratie unter den Wählerinnen und Wählern der Grünen zurück. Zwar ist die Zufriedenheit in dieser Gruppe immer noch am höchsten, sie sinkt jedoch innerhalb von sechs Monaten von 84 Prozent auf 68 Prozent. Das ist ein Rückgang um 16 Prozentpunkte. In den Wählerschaften von SPD und CDU/CSU fällt der Rückgang etwas geringer aus. Bei den Wählerinnen und Wählern der SPD sinkt die Demokratiezufriedenheit von 64 Prozent auf 58 Prozent. In der Wählerschaft von CDU/CSU waren Ende 2022 noch 61 Prozent mit der Demokratie (sehr) zufrieden, im Juni 2023 sind es 53 Prozent.

Die einzige untersuchte Wählergruppe, in der die Demokratiezufriedenheit nicht sinkt, ist die AfD-Wählerschaft. Hier waren schon Ende 2022 nur 3 Prozent mit der Demokratie zufrieden, sodass ein weiteres Absinken nicht möglich war. Die Zufriedenheit steigt aber auch nicht, sondern liegt unverändert auf einem unübertroffenen niedrigen Niveau. Zusätzlich ist der Anteil der Befragten, die teils zufrieden und teils unzufrieden sind, in dieser Gruppe mit 10 Prozent besonders niedrig. Mit insgesamt 86 Prozent ist die absolute Mehrheit der AfD-Wählerinnen und -Wähler (sehr) unzufrieden mit der Demokratie.

Abbildung 2: Demokratiezufriedenheit nach Parteipräferenz (Antworten: sehr zufrieden/zufrieden)



Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils-teils/unzufrieden/sehr unzufrieden/weiß nicht/keine Angabe.
Frage: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht: Sind Sie sehr zufrieden, zufrieden, teils-teils, unzufrieden oder sehr unzufrieden?“

Vor allem zwei Institutionen büßen an Vertrauen in der Bevölkerung ein: der Deutsche Bundestag und die deutsche Bundesregierung. Bei allen anderen Institutionen gibt es eher geringe Veränderungen.

Am meisten vertrauen die Bürgerinnen und Bürger der Polizei. 77 Prozent äußern sehr großes oder großes Vertrauen. Auch Gerichten vertraut eine Mehrheit der Bevölkerung. 69 Prozent besitzen (sehr) großes Vertrauen in Gerichte. Auf Platz drei folgt die Bundeswehr, der 53 Prozent vertrauen. Knapp die Hälfte der Bevölkerung (49 Prozent) äußert (sehr) großes Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien wie ARD und ZDF. Genauso hoch ist das Vertrauen in den Verfassungsschutz. Dem Deutschen Bundestag bringen 44 Prozent sehr großes oder großes Vertrauen entgegen, der deutschen Bundesregierung 39 Prozent. Schlusslicht bilden (unverändert) die Parteien, denen nur 26 Prozent (sehr) großes Vertrauen aussprechen.

Abbildung 3: Institutionenvertrauen im Juni 2023

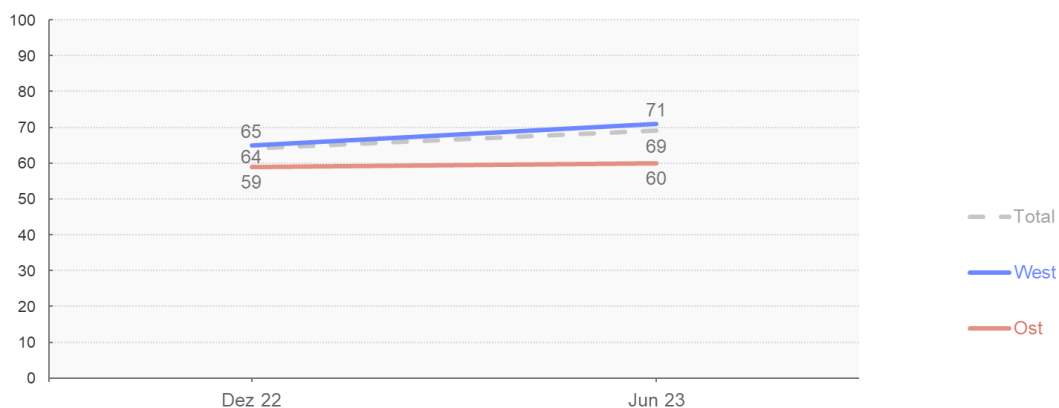
		sehr großes Vertrauen	großes Vertrauen	wenig Vertrauen	gar kein Vertrauen	
Polizei	77	18	59	19	3	22
Gerichte	69	15	54	22	5	27
Bundeswehr	53	10	43	36	7	43
Öffentlich-rechtliche Medien wie ARD und ZDF	49	9	40	30	19	49
Verfassungsschutz	49	9	40	35	9	44
Deutscher Bundestag	44	6	38	38	16	54
Deutsche Bundesregierung	39	4	35	41	19	60
Parteien	26	2	24	54	14	68

Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.“

Für den Zeitvergleich wird nur auf vier Institutionen eingegangen: die Gerichte, die öffentlich-rechtlichen Medien, den Deutschen Bundestag und die deutsche Bundesregierung. Bei den anderen Institutionen gibt es kaum Veränderungen.

Das Vertrauen in die Gerichte steigt insgesamt leicht an. Das liegt vor allem an einem leicht erhöhten Vertrauen in Westdeutschland. In Ostdeutschland gibt es keine Veränderung.

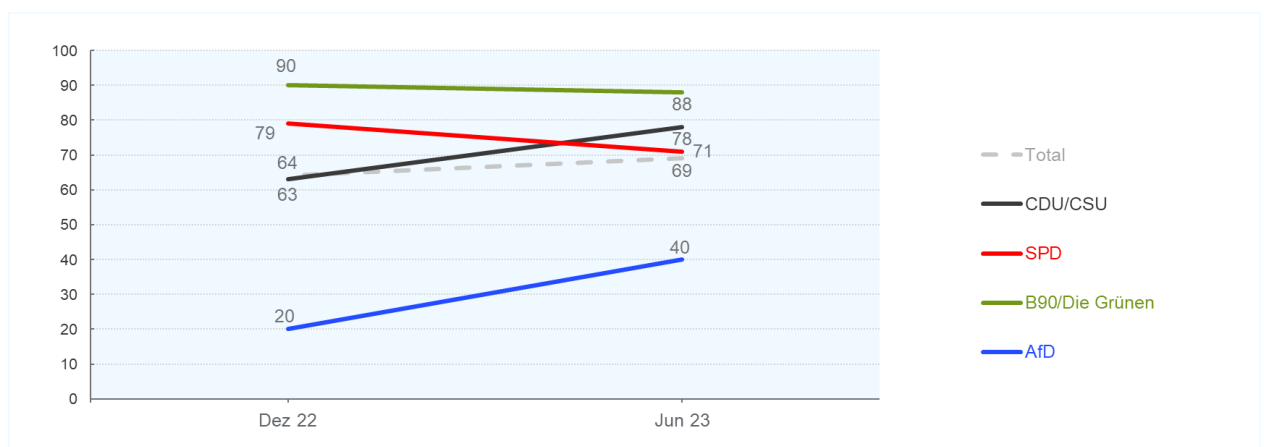
Abbildung 4: Vertrauen in Gerichte (Antworten: sehr großes/großes Vertrauen)



Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: wenig Vertrauen/gar kein Vertrauen/weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.“

In einzelnen Wählergruppen gibt es erstaunlich große Zugewinne beim Vertrauen in die Gerichte. Bei den Wählerinnen und Wählern von CDU und CSU steigt das Vertrauen in die Gerichte um 15 Punkte von 63 auf 78 Prozent. Auch in der Wählerschaft der AfD nimmt das Vertrauen von 20 auf 40 Prozent und damit um 20 Punkte zu. Trotzdem ist das Vertrauen in die Gerichte unter Wählerinnen und Wählern AfD niedriger als in jeder anderen untersuchten Wählergruppe. In der Wählerschaft der SPD sinkt das Vertrauen dagegen leicht (-8 Punkte), während es unter Wählerinnen und Wählern der Grünen stabil hoch ist (88 Prozent).

Abbildung 5: Vertrauen in Gerichte (Antworten: sehr großes/großes Vertrauen)



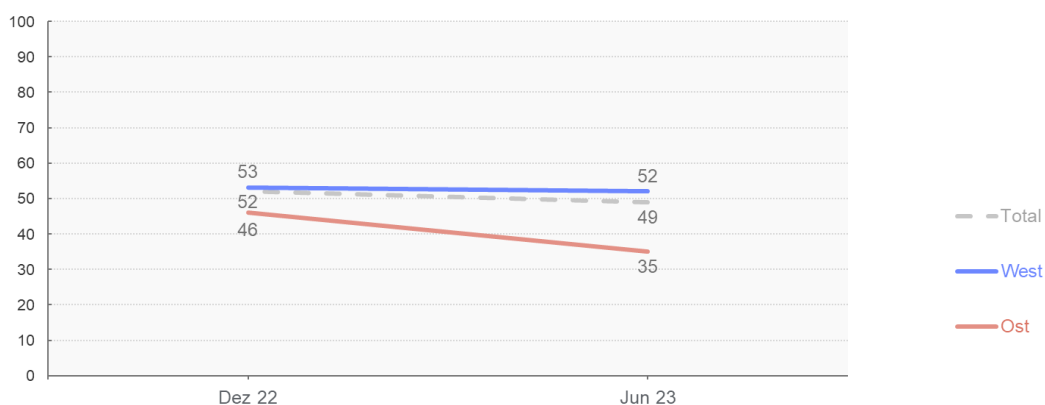
Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: wenig Vertrauen/gar kein Vertrauen/weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.“

Das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien bleibt in Westdeutschland zwischen den beiden Erhebungen stabil. In Ostdeutschland sinkt es aber mit einem Minus von 11 Punkten deutlich. Im Juni 2023 äußern nur noch 35 Prozent der Ostdeutschen sehr großes oder großes Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien. In Westdeutschland liegt der Anteil mit 52 Prozent deutlich höher. Allerdings zeigt ein Vergleich mit einer Umfrage von 2021/2022, dass schon Ende 2022 das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien gesunken war. 2021/2022 lag das Vertrauen insgesamt noch bei 60 Prozent, in Westdeutschland bei 63 und in Ostdeutschland bei 49 Prozent (Hirndorf/Roose 2023: 14).

Ähnlich wie beim Vertrauen in die Gerichte gibt es beim Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien einen Anstieg bei Wählerinnen und Wählern von CDU/CSU und AfD, während die Wählerschaft der SPD Vertrauen verliert. Allerdings fällt der Anstieg in den Wählerschaften von Union und AfD wesentlich geringer aus als beim Vertrauen in die Gerichte.

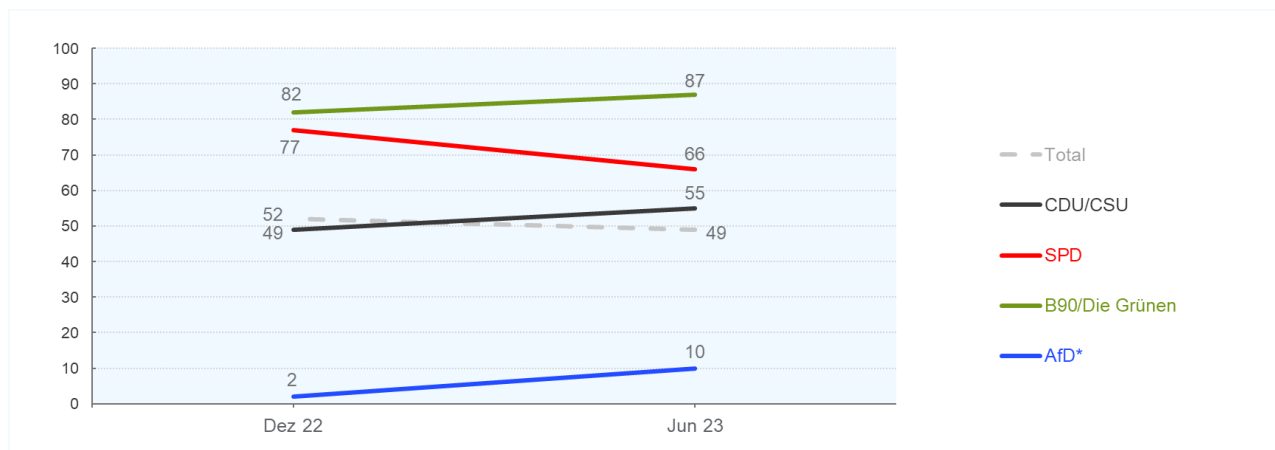
In der Unionswählerschaft steigt das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien von 49 auf 55 Prozent. In der Wählerschaft der AfD nimmt das Vertrauen auf niedrigem Niveau von 2 auf 10 Prozent zu. Damit ist das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien unter den Wählerinnen und Wählern der AfD immer noch am geringsten ausgeprägt von allen untersuchten Wählergruppen. In der Wählerschaft der SPD geht das Vertrauen von 77 auf 66 Prozent deutlich zurück. Bei den Wählerinnen und Wählern der Grünen nimmt das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien dagegen leicht zu von 82 auf 87 Prozent.

Abbildung 6: Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien wie ARD und ZDF (Antworten: sehr großes/großes Vertrauen)



Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: wenig Vertrauen/gar kein Vertrauen/weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.“

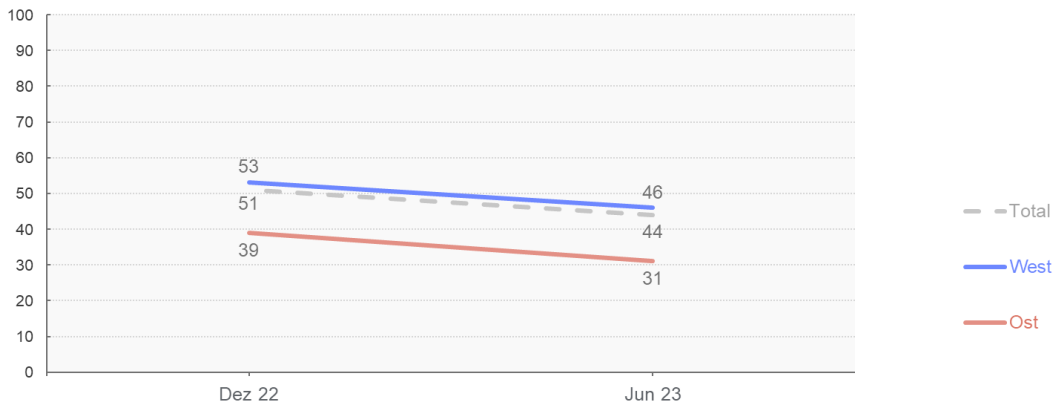
Abbildung 7: Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien wie ARD und ZDF nach Parteipräferenz (Antworten: sehr großes/großes Vertrauen)



Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: wenig Vertrauen/gar kein Vertrauen/weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.“

Das Vertrauen in den Deutschen Bundestag sinkt in Ost- und Westdeutschland etwa gleich stark. In Westdeutschland äußerten 2022 noch 53 Prozent (sehr) großes Vertrauen in den Bundestag, 2023 sind es 46 Prozent. In Ostdeutschland sinkt das Vertrauen in den Bundestag von 39 auf 31 Prozent.

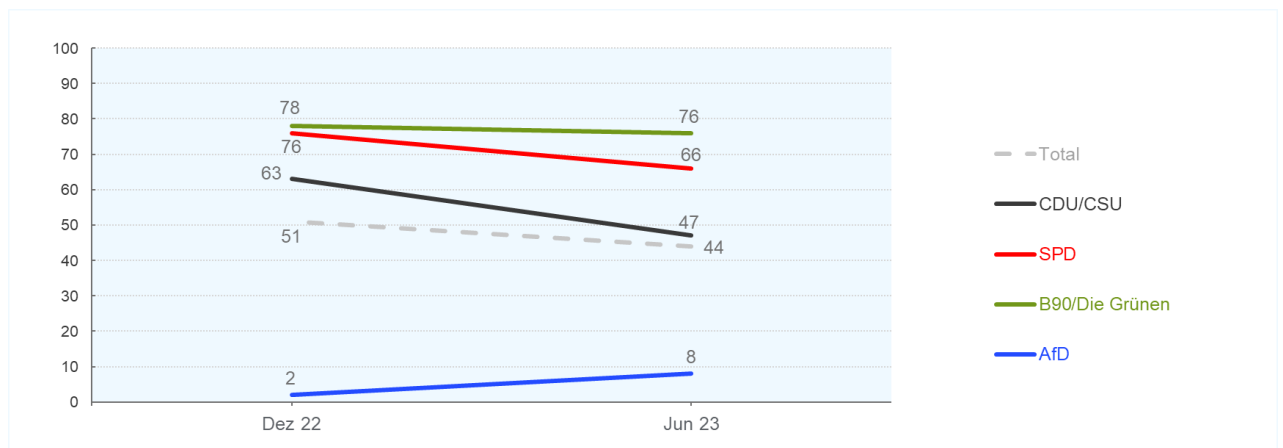
Abbildung 8: Vertrauen in den Deutschen Bundestag (Antworten: sehr großes/großes Vertrauen)



Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: wenig Vertrauen/gar kein Vertrauen/weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.“

Der Vertrauensrückgang in den Bundestag ist ungleich über die Wählergruppen verteilt. Besonders stark ausgeprägt ist er in der Wählerschaft der Union. Brachten Ende 2022 noch 63 Prozent der CDU/CSU-Wählerschaft dem Bundestag (sehr) großes Vertrauen entgegen, sind es im Juni 2023 nur noch 47 Prozent. Das ist ein Minus von 16 Punkten. Auch in der Wählerschaft der SPD sinkt das Vertrauen in den Bundestag um 10 Punkte von 76 auf 66 Prozent. Die Wählerinnen und Wähler der Grünen vertrauen dem Bundestag unverändert stark und liegen vor allen anderen untersuchten Wählergruppen bei 76 Prozent.

Abbildung 9: Vertrauen in den Deutschen Bundestag nach Parteipräferenz (Antworten: sehr großes/großes Vertrauen)

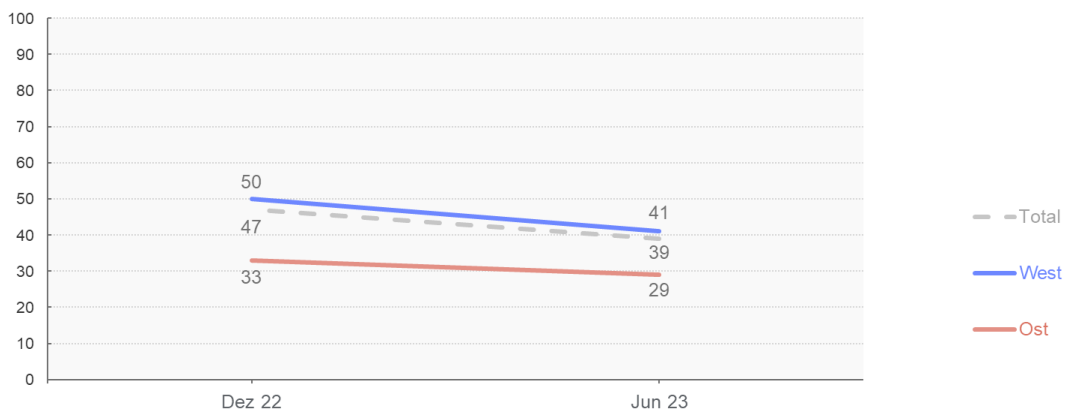


Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: wenig Vertrauen/gar kein Vertrauen/weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.“

Das geringste Vertrauen in den Bundestag äußern zu beiden Erhebungszeitpunkten die Wählerinnen und Wähler der AfD. Zwar steigt ihr Vertrauen von 2 auf 8 Prozent geringfügig, aber insgesamt ist Vertrauen in den Bundestag immer noch eine absolute Ausnahmerecheinung in der Wählerschaft der AfD.

Im Gegensatz zum Vertrauen in den Bundestag sinkt das Vertrauen in die Bundesregierung vor allem in Westdeutschland. Im Dezember 2022 gaben 50 Prozent der Westdeutschen sehr großes oder großes Vertrauen in die Bundesregierung an. Im Juni 2023 sagen das 41 Prozent der Westdeutschen. In Ostdeutschland bleibt das Vertrauen in die Bundesregierung mit einem leichten Minus von 4 Punkten nahezu stabil, liegt aber mit 29 Prozent immer noch unter westdeutschem Niveau.

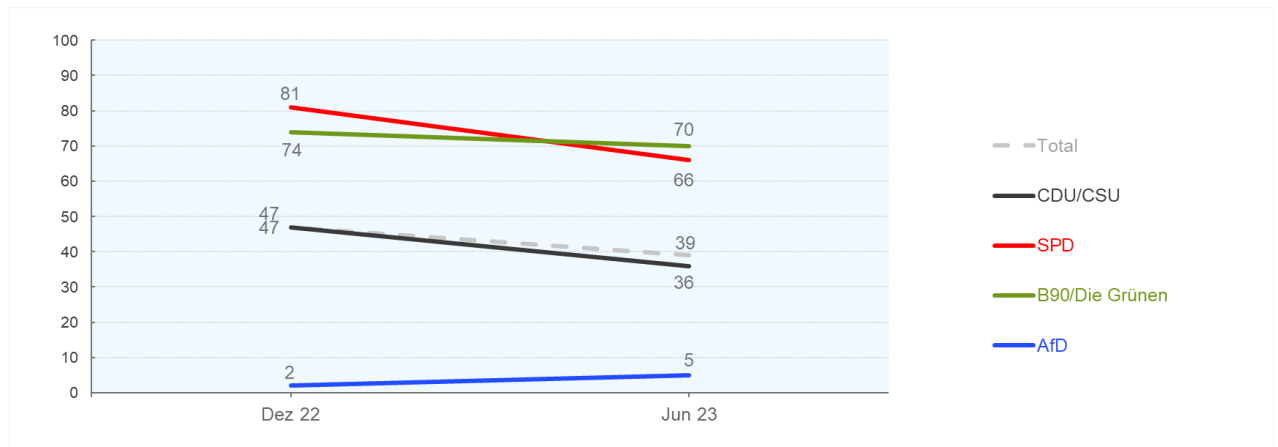
Abbildung 10: Vertrauen in die deutsche Bundesregierung (Antworten: sehr großes/großes Vertrauen)



Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: wenig Vertrauen/gar kein Vertrauen/weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.“

Das Vertrauen in die Bundesregierung nach Parteipräferenz zeigt deutliche Vertrauensverluste in den Wählerschaften der SPD und der Union. In der SPD-Wählerschaft sinkt das Vertrauen in die SPD-geführte Bundesregierung von 81 auf 66 Prozent und damit um 15 Punkte. Die Unionswählerschaft war mit 47 Prozent schon im Dezember 2022 skeptischer als die Wählerinnen und Wähler von SPD und Grünen, verliert aber noch einmal Vertrauen in die Bundesregierung. Im Juni 2023 äußern 36 Prozent der Wählerinnen und Wähler von CDU/CSU (sehr) großes Vertrauen. Erneut bleibt das Vertrauen der Grünen-Wählerschaft relativ stabil. 70 Prozent der Wählerinnen und Wähler der Grünen vertrauen der Bundesregierung. Die AfD-Wählerschaft ist abermals am zurückhaltendsten. Lediglich 5 Prozent der Wählerinnen und Wähler der AfD geben Vertrauen in die Bundesregierung an. Ende 2022 war der Anteil ähnlich niedrig.

**Abbildung 11: Vertrauen in die deutsche Bundesregierung nach Parteipräferenz
(Antworten: sehr großes/großes Vertrauen)**



Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent: wenig Vertrauen/gar kein Vertrauen/weiß nicht/keine Angabe.
Frage: Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.

Zukunftsaussicht und Sicherheitsgefühl

Die Zuversicht für die Zukunft geht zwar zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten nur geringfügig zurück, befand sich aber auch schon 2022 auf einem eher niedrigen Niveau. Während der optimistische Blick in die Zukunft in den Wählerschaften von Union, SPD und Grünen sinkt, steigt er bei den Wählerinnen und Wählern der AfD an. Das Sicherheitsgefühl ist in den meisten Wählerschaften stabil, nur in der AfD-Wählerschaft steigt es leicht.

Um eine allgemeine Sicht auf die Zukunft zu messen, wurden die Befragten gebeten, sich zwischen zwei Aussagen zu entscheiden:

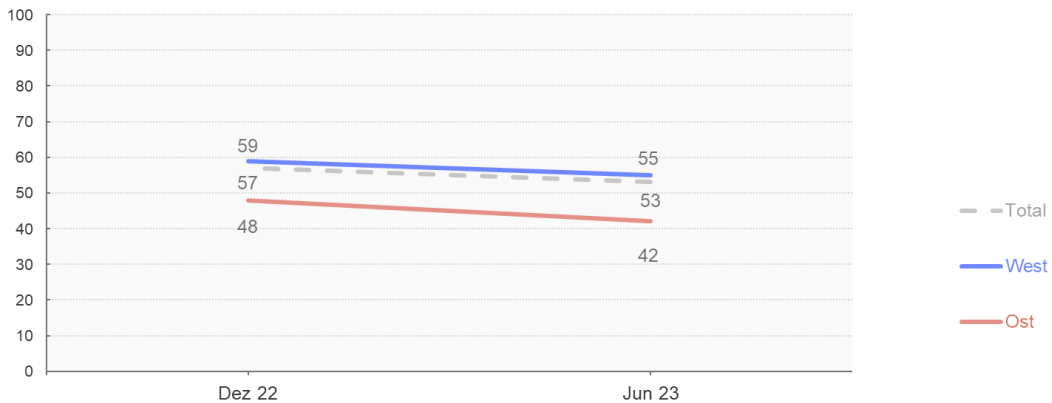
Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich glaube, dass alles gut wird.

Oder:

Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich habe häufig Angst vor dem, was kommen wird.

Der Anteil derjenigen, die optimistisch in die Zukunft blicken, sinkt zwischen Dezember 2022 und Juni 2023 nur geringfügig (-4 Punkte). Insgesamt blicken 53 Prozent der Wahlberechtigten positiv in die Zukunft, in Ostdeutschland weniger als in Westdeutschland (42:55 Prozent). Im Vergleich zu 2020 lag der Wert allerdings schon 2022 mit 57 Prozent relativ niedrig. Während der ersten Phase der Corona-Pandemie 2020 führte die Konrad-Adenauer-Stiftung regelmäßig repräsentative Umfragen durch, in denen auch die Zukunftsperspektive erhoben wurde (exemplarisch Neu 2020: 9). Damals schwankte der Glaube, dass alles gut werde, zwischen 70 und 94 Prozent, und das trotz der Ungewissheiten durch die Pandemie.

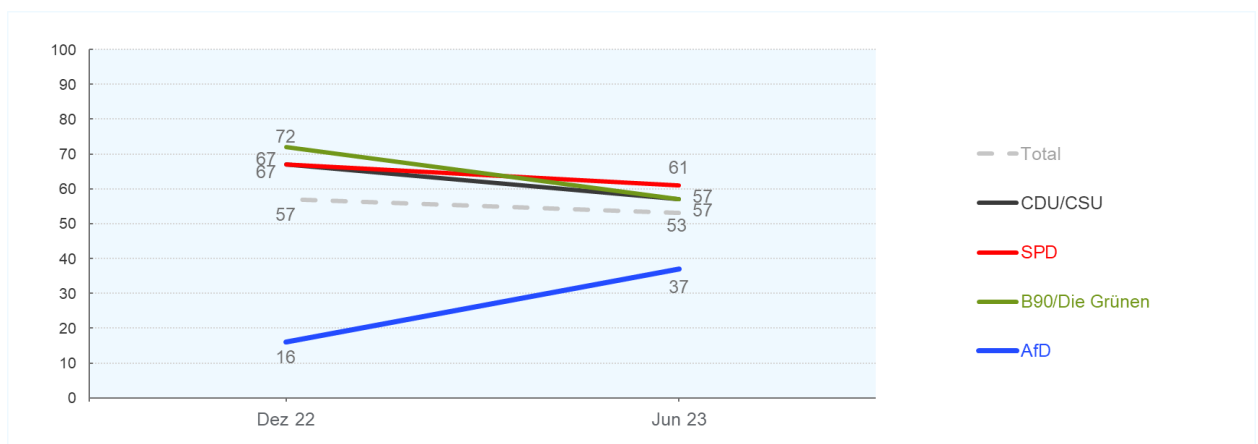
Abbildung 12: Zukunftsaussicht: „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich glaube, dass alles gut wird“



Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich habe häufig Angst vor dem, was kommen wird/weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Welcher dieser beiden Aussagen stimmen Sie eher zu?“

Die Unterschiede in der Zukunftsaussicht zwischen den untersuchten Wählergruppen gehen zwischen 2022 und 2023 zurück. In den Wählerschaften der Grünen (-15), der Union (-10) und der SPD (-6) wird der Zukunftsoptimismus seltener. Besonders stark fällt der Rückgang bei den Wählerinnen und Wählern der Grünen aus.

Abbildung 13: Zukunftsaussicht nach Parteipräferenz: „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich glaube, dass alles gut wird“



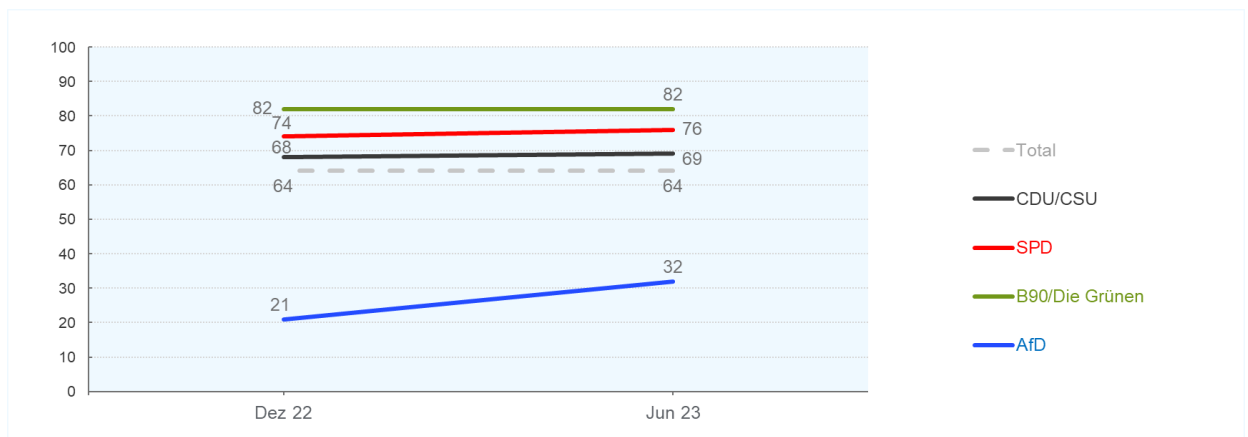
Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich habe häufig Angst vor dem, was kommen wird/weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Welcher dieser beiden Aussagen stimmen Sie eher zu?“

In der AfD-Wählerschaft steigt die Zuversicht dagegen um beachtliche 21 Punkte. Der optimistische Blick in die Zukunft ist zwar in der AfD-Wählerschaft immer noch geringer ausgeprägt als in den anderen untersuchten Gruppen, aber der Unterschied zwischen der zuversichtlichsten Gruppe (SPD: 61 Prozent) und den AfD-Wählerinnen und -Wählern (37 Prozent) beträgt nur noch 24 Punkte. Im Dezember 2022 lagen zwischen den damals zuversichtlichsten Grünen-Wählerinnen und -Wählern (72 Prozent) und denen der AfD (16 Prozent) noch ganze 56 Punkte.

Das Sicherheitsgefühl bleibt zwischen den beiden Befragungszeitpunkten in Ost- und Westdeutschland stabil. In Ostdeutschland fühlen sich weniger Menschen sicher oder sehr sicher als in Westdeutschland (55:65 Prozent; ohne Abbildung). Insgesamt fühlen sich im Juni 2023 64 Prozent der Wahlberechtigten (sehr) sicher.

In den meisten Wählerschaften bleibt das Sicherheitsgefühl stabil zwischen Dezember 2022 und Juni 2023. Lediglich in der AfD-Wählerschaft steigt der Anteil derjenigen, die sich sicher oder sehr sicher fühlen, von 21 auf 32 Prozent. Das ist ein Anstieg von 11 Punkten innerhalb von 6 Monaten.

Abbildung 14: Sicherheitsgefühl nach Parteipräferenz (Antworten: sehr sicher/sicher)



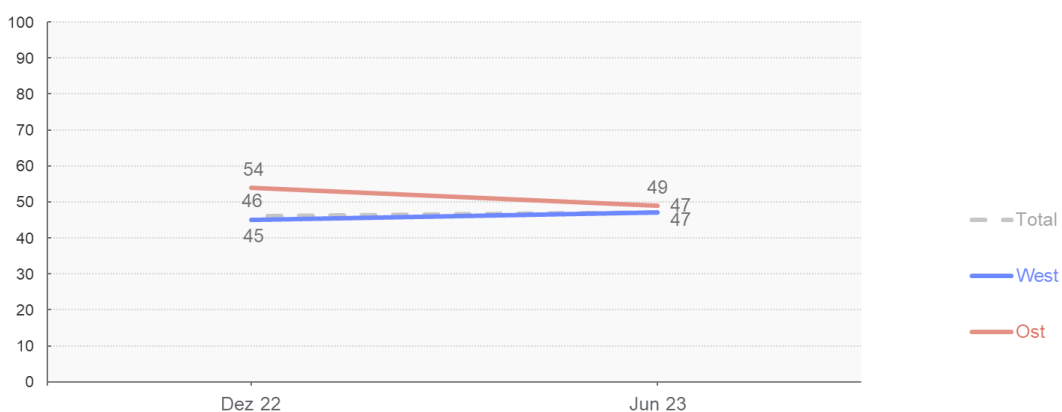
Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils-teils/eher unsicher/sehr unsicher/weiß nicht/keine Angabe.
Frage: „Wie sicher fühlen Sie sich persönlich zurzeit?“

Populismus und Verschwörungsglaube

Insgesamt bleiben populistische Einstellungen und der Glaube an geheime Mächte zwischen Dezember 2022 und Juni 2023 relativ stabil. Nur in einzelnen Wählerschaften gibt es Veränderungen.

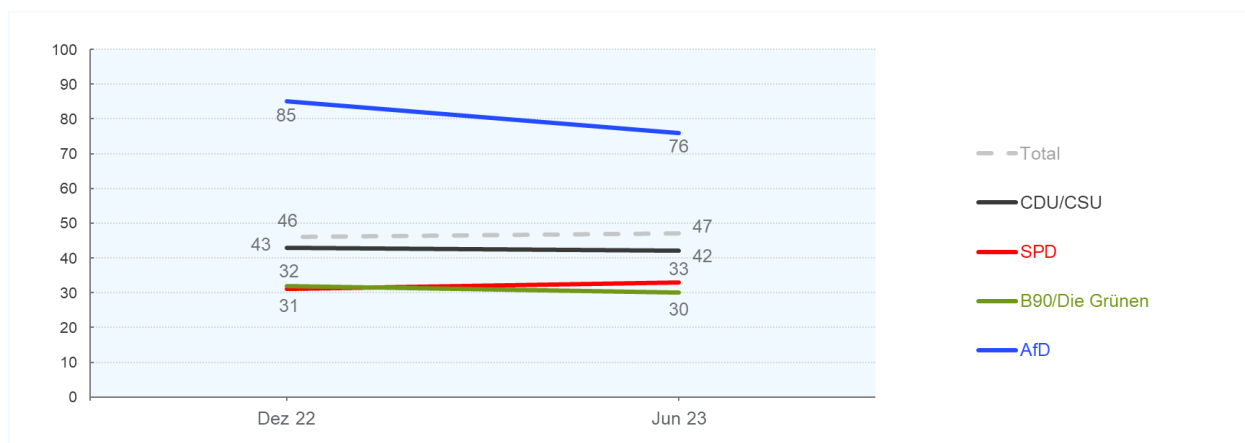
Die Zustimmung zur Aussage „Die etablierten Parteien haben keine Lösung für die Probleme unserer Zeit“ verändert sich in Gesamtdeutschland und in Westdeutschland nicht nennenswert. In Ostdeutschland geht die Zustimmung leicht zurück von 54 auf 49 Prozent. Dadurch gibt es nun keinen bedeutsamen Unterschied mehr zwischen Ost- und Westdeutschland in der Haltung, etablierte Parteien hätten keine Lösungen.

Abbildung 15: Populismus: „Die etablierten Parteien haben keine Lösung für die Probleme unserer Zeit“ (Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)



Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils-teils/stimme eher nicht zu/stimme überhaupt nicht zu/weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teil-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.“

Abbildung 16: Populismus nach Parteipräferenz: „Die etablierten Parteien haben keine Lösung für die Probleme unserer Zeit“ (Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)

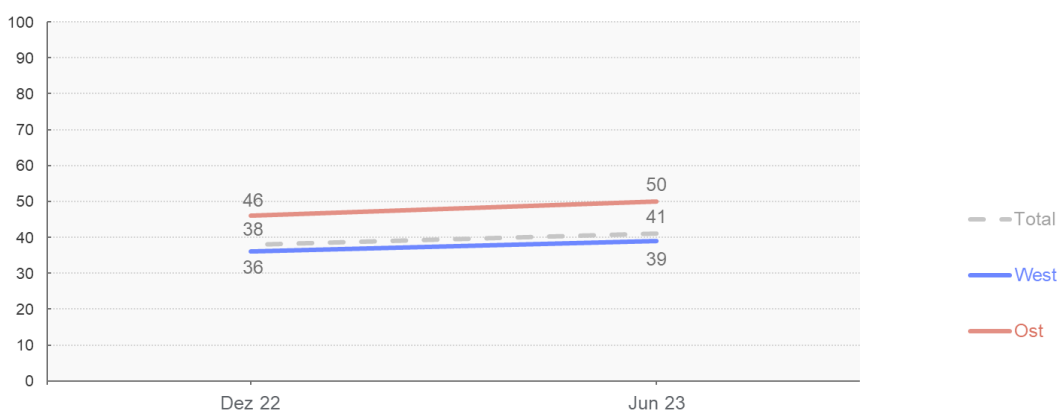


Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils-teils/stimme eher nicht zu/stimme überhaupt nicht zu/weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teil-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.“

Die Differenzierung nach Parteipräferenz zeigt, dass die Zustimmung zur fehlenden Problemlösungskompetenz etablierter Parteien in den Wählerschaften der Union, der SPD und der Grünen unverändert ist. In der Wählerschaft der AfD sinkt die Zustimmung dagegen, auch wenn das Niveau immer noch über dem der anderen Wählergruppen liegt. Im Dezember 2022 meinten 85 Prozent der Wählerinnen und Wähler der AfD, die etablierten Parteien hätten keine Lösungen. Im Juni 2023 sagen das 76 Prozent der AfD-Wählerschaft.

Auch die Zustimmung zur zweiten Populismus-Aussage „Die da oben‘ machen doch nur, was sie wollen“ verändert sich kaum. Insgesamt stimmen dem 41 Prozent der Wahlberechtigten im Juni 2023 zu, in Ostdeutschland mehr als in Westdeutschland (50:39 Prozent).

Abbildung 17: Populismus: „Die da oben‘ machen doch nur, was sie wollen“ (Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)

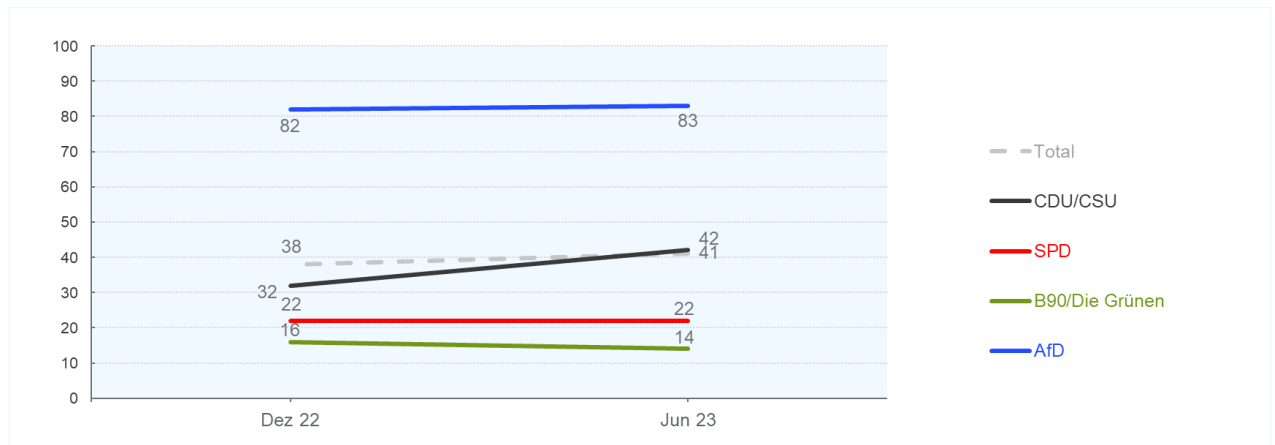


Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils-teils/stimme eher nicht zu/stimme überhaupt nicht zu/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teil-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.“

Im Vergleich der Wählergruppen fällt diesmal die Wählerschaft von CDU/CSU auf. Sie ist die einzige Gruppe, in der die Zustimmung, dass ‚die da oben‘ machten, was sie wollen, ansteigt. Im Dezember 2023 stimmten 32 Prozent der Wählerinnen und Wähler von CDU/CSU zu, im Juni 2023 sind es 42 Prozent (+10 Punkte). In allen anderen Wählerschaften ist die Zustimmung unverändert. Die Wählerinnen und Wähler der AfD stimmen von allen untersuchten Wählergruppen am häufigsten zu (83 Prozent), die Wählerinnen und Wähler der Grünen am seltensten (14 Prozent).

Abbildung 18: Populismus nach Parteipräferenz: „Die da oben‘ machen doch nur, was sie wollen“ (Antworten: stimme voll und ganz/eher zu)



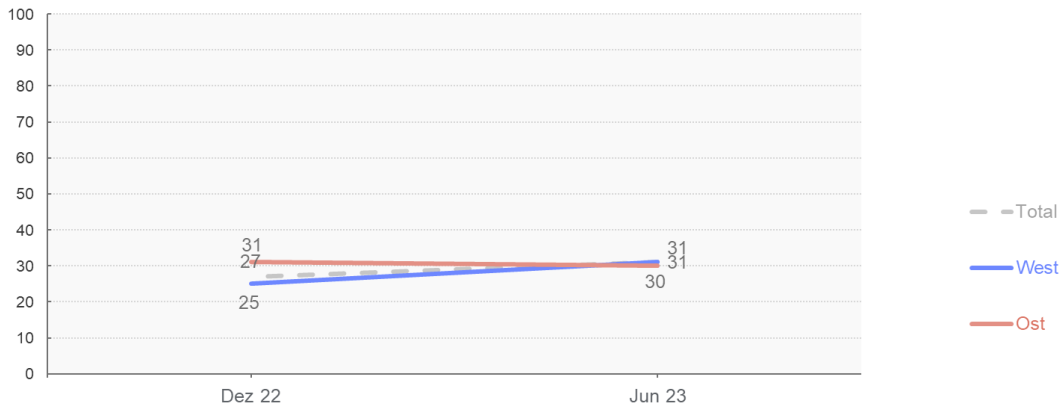
Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils-teils/stimme eher nicht zu/stimme überhaupt nicht zu/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teil-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.“

Der Glaube an Verschwörungstheorien verändert sich insgesamt zwischen beiden Erhebungen kaum. Im Dezember 2022 hielten es 27 Prozent für sicher oder wahrscheinlich richtig, dass geheime Mächte die Welt steuern¹, im Juni 2023 sind es 31 Prozent. In Ostdeutschland bleibt dieser Anteil mit 31 und 30 Prozent stabil. In Westdeutschland steigt er dagegen leicht von 25 auf 31 Prozent (für vertiefende Analysen zum Glaube an Verschwörungstheorien s. Neu 2023, Roose 2020a, 2020b).

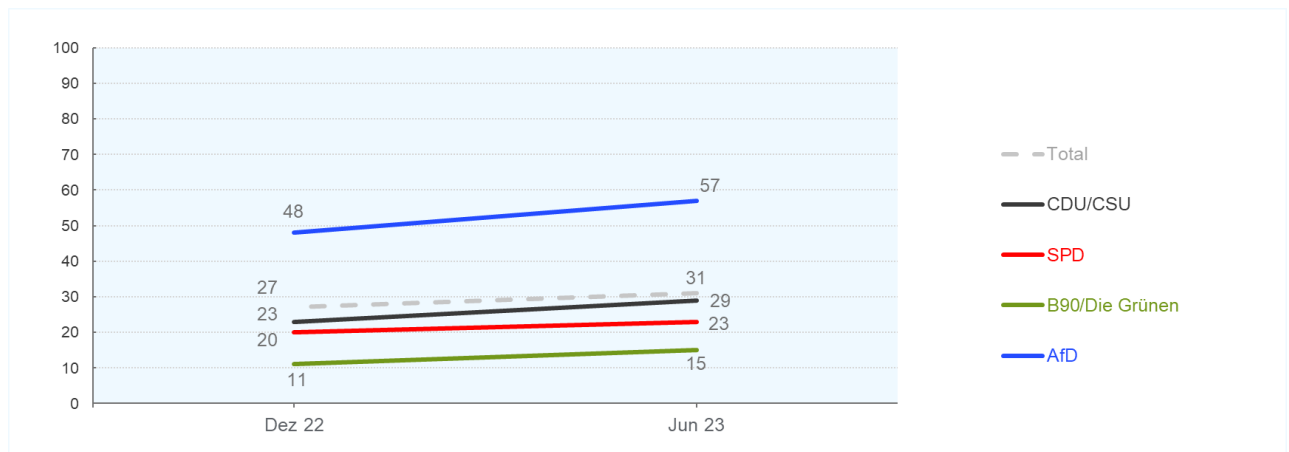
In den Wählerschaften der SPD und der Grünen verändert sich der Verschwörungsglaube kaum. Einen leichten Anstieg beim Glauben an geheime Mächte, die die Welt steuern, weisen die Wählerinnen und Wähler der Union auf. Im Dezember 2022 hielten 23 Prozent der CDU/CSU-Wählerschaft geheime Mächte für sicher oder wahrscheinlich richtig, im Juni 2023 meinen das 29 Prozent. Ein etwas stärkerer Anstieg zeigt sich in der Wählerschaft der AfD, die ohnehin die höchsten Anteile an Verschwörungsgläubigen aufweist. Schon im Dezember 2022 glaubte fast jede und jeder zweite AfD-Wählerin und -Wähler an geheime Mächte. Im Juni 2023 meinen das 57 Prozent der AfD-Wählerschaft.

Abbildung 19: Verschwörungsglaube (Antworten: sicher richtig/wahrscheinlich richtig)



Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: wahrscheinlich falsch/sicher falsch/weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Es gibt ja einige Behauptungen, bei denen man manchmal nicht so sicher ist, ob sie stimmen.
 Wie sehen Sie das bei der folgenden Behauptung: Ist sie sicher richtig, wahrscheinlich richtig,
 wahrscheinlich falsch, sicher falsch? Es gibt geheime Mächte, die die Welt steuern.“

Abbildung 20: Verschwörungsglaube nach Parteipräferenz (Antworten: sicher richtig/wahrscheinlich richtig)



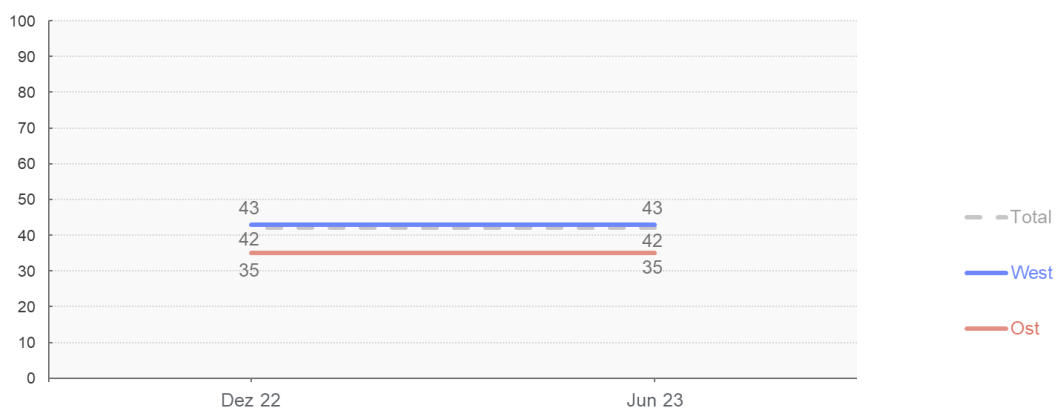
Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: wahrscheinlich falsch/sicher falsch/weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Es gibt ja einige Behauptungen, bei denen man manchmal nicht so sicher ist, ob sie stimmen.
 Wie sehen Sie das bei der folgenden Behauptung: Ist sie sicher richtig, wahrscheinlich richtig,
 wahrscheinlich falsch, sicher falsch? Es gibt geheime Mächte, die die Welt steuern.“

Parteisympathie

Um jenseits der sogenannten Sonntagsfrage eine allgemeine Sympathie für oder Antipathie gegen die verschiedenen Parteien zu erfassen, wurde für alle im Bundestag vertretenen Parteien gefragt, ob der/die Befragte diese Partei sehr mag, etwas mag, sie ihr gleichgültig ist, sie die Partei etwas oder sehr ablehnt. Insgesamt bleiben die Sympathien für die CDU, die CSU und die FDP unverändert von Dezember 2022 bis Juni 2023. SPD und Grüne büßen dagegen an Sympathien ein. Die Linke verliert nur in Ostdeutschland Sympathien. Die AfD gewinnt als einzige Partei an Sympathien hinzu.

Die Sympathie für die CDU ist zu beiden Erhebungen sehr stabil. 42 Prozent der Wahlberechtigten mögen die CDU sehr oder etwas. 22 Prozent ist die CDU gleichgültig und 31 Prozent lehnen sie sehr oder etwas ab (ohne Abbildung). In Westdeutschland mögen mit 43 Prozent mehr Menschen die CDU als in Ostdeutschland mit 35 Prozent.

Abbildung 21: Parteisympathie: CDU (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



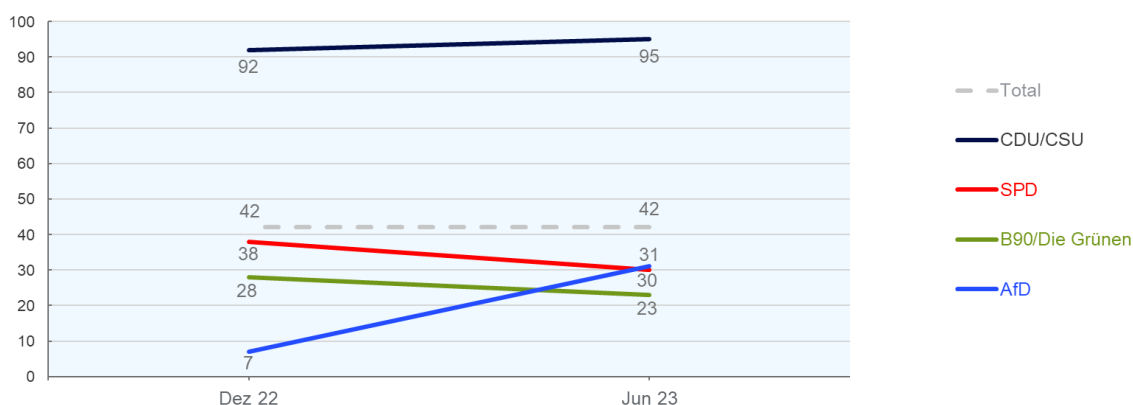
Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Größere Veränderungen in der Sympathie für die CDU zwischen den beiden Erhebungen zeigen sich aber nach Parteipräferenz. Die Sympathie der Wählerinnen und Wähler von SPD und Grünen für die CDU sinkt leicht auf 30 (SPD, -8 Punkte) und 23 Prozent (Grüne, -5 Punkte). Dagegen steigt die Sympathie für die CDU unter den Wählerinnen und Wählern der AfD von 7 auf 31 Prozent. Dadurch mögen im Juni 2023 ähnlich hohe Anteile an Wählerinnen und Wählern der SPD wie der AfD die CDU. In der Wählerschaft der Grünen fällt der Anteil an CDU-Sympathie nun am geringsten aus.

Zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es kaum Unterschiede zu diesem gesamtdeutschen Muster. Lediglich die SPD-Wählerinnen und Wähler unterscheiden sich: Ostdeutsche SPD-Wählerinnen und -Wähler mögen die CDU seltener als westdeutsche Wählerinnen und Wähler der SPD. In allen anderen Wählerschaften ist die Sympathie für die CDU in Ost- und Westdeutschland ähnlich ausgeprägt (ohne Abbildung).

Abbildung 22: Parteisympathie: CDU nach Parteipräferenz (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)

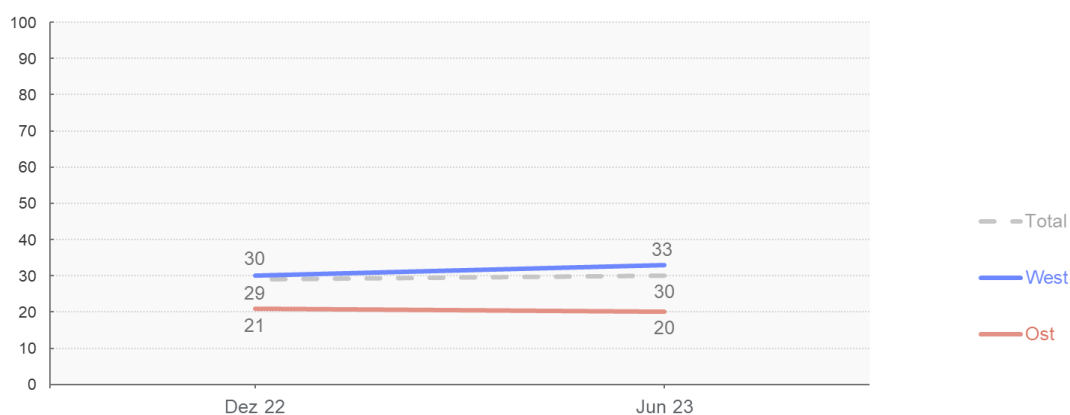


Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Auch die Sympathie für die CSU ist im Juni 2023 auf demselben Niveau wie sechs Monate zuvor. 30 Prozent der Wahlberechtigten mögen die CSU sehr oder etwas, 25 Prozent ist die CSU gleichgültig und 38 Prozent lehnen sie sehr oder eher ab (ohne Abbildung). In Westdeutschland ist die CSU beliebter als in Ostdeutschland (33:20 Prozent).

Abbildung 23: Parteisympathie: CSU (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)

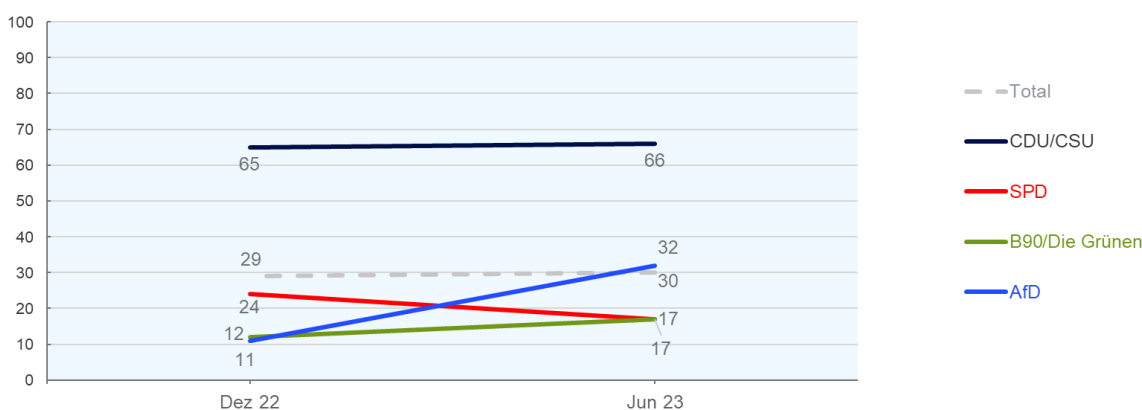


Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Die Sympathie der SPD-Wählerschaft für die CSU sinkt von 24 auf 17 Prozent. Dagegen bringen die Wählerinnen und Wähler der Grünen der CSU nun mehr Sympathie entgegen. Der Anteil der Grünen-Wählerinnen und -Wähler, die die CSU sehr oder etwas mögen, steigt von 12 auf 17 Prozent. Noch stärker fällt der Anstieg in der Wählerschaft der AfD aus. Im Dezember 2022 mochten nur 11 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler die CSU. Im Juni 2023 geben dagegen 32 Prozent der AfD-Wählerschaft an, die CSU sehr oder etwas zu mögen.

Abbildung 24: Parteisympathie: CSU nach Parteipräferenz (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



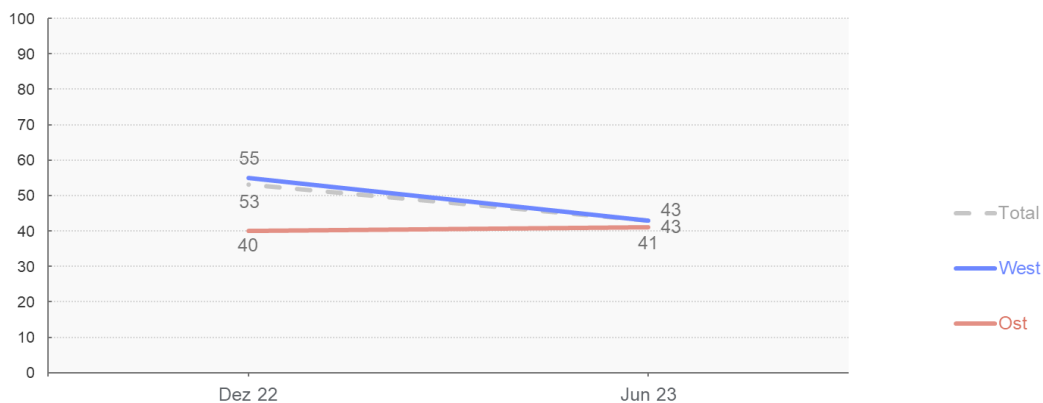
Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Die SPD büßt deutlich an Sympathien ein, vor allem in Westdeutschland. Insgesamt sinkt der Anteil an Wahlberechtigten, die die SPD sehr oder etwas mögen, von 53 auf 43 Prozent. Das liegt ausschließlich an einem westdeutschen Sympathieverlust. In Westdeutschland geht die Sympathie für die SPD um 12 Punkte zurück. In Ostdeutschland gibt es dagegen kaum Veränderung. Dadurch ist der Sympathievorsprung, den die SPD Ende 2022 in Westdeutschland hatte, im Juni 2023 verschwunden. Die Sympathie für die SPD unterscheidet sich nun nicht mehr zwischen Ost- und Westdeutschland.

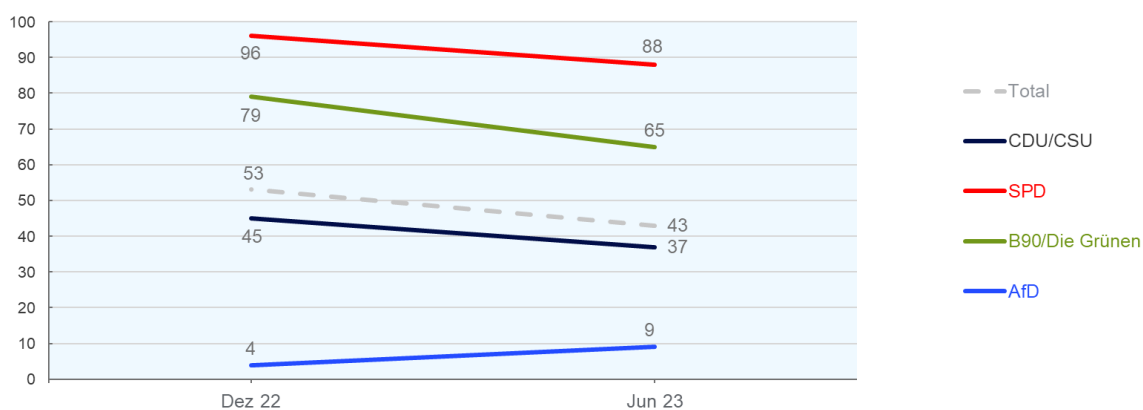
In fast allen untersuchten Wählergruppen geht die Sympathie für die SPD zurück, inklusive der eigenen Wählerschaft. Die Sympathie der SPD-Wählerschaft für die SPD sinkt von 96 auf 88 Prozent. Noch stärker fällt der Rückgang bei den Wählerinnen und Wählern der Grünen aus. Ende 2022 gaben 79 Prozent der Grünen-Wählerschaft an, die SPD sehr oder etwas zu mögen, im Juni 2023 sagen das noch 65 Prozent. Auch in der Wählerschaft der Union verliert die SPD an Sympathie. Hier sinkt die Sympathie von 45 auf 37 Prozent. Einzig in der Wählerschaft der AfD kann die SPD leicht an Sympathie gewinnen. Der Anteil der AfD-Wählerinnen und -Wähler, die die SPD sehr oder etwas mögen, steigt von 4 auf 9 Prozent. Damit fällt die Sympathie der AfD-Wählerschaft für die SPD immer noch sehr gering aus.

Abbildung 25: Parteisympathie: SPD (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Abbildung 26: Parteisympathie: SPD nach Parteipräferenz (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)

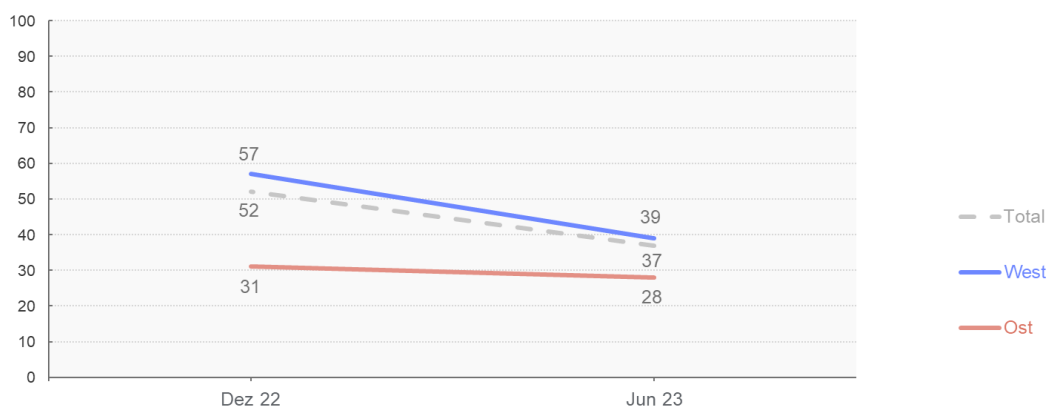


Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Die Grünen müssen noch größere Sympathieverluste verbuchen als die SPD. Insgesamt geht die Sympathie für die Grünen von 52 auf 37 Prozent zurück. Wie schon bei der SPD steht dahinter auch bei den Grünen vor allem ein Rückgang in Westdeutschland. Mochten Ende 2022 noch 57 Prozent der Westdeutschen die Grünen, sind es im Juni 2023 nur noch 39 Prozent. Das entspricht einem Minus von 18 Punkten. In Ostdeutschland sinkt die Sympathie für die Grünen dagegen nur leicht von 31 auf 28 Prozent. Damit sind die Grünen aber noch immer in Westdeutschland beliebter als in Ostdeutschland.

Die Grünen sind mit 14 Prozent nur relativ wenig Wahlberechtigten gleichgültig. Das ist nach der AfD der zweitniedrigste Wert. Dagegen fällt die Ablehnung mit 43 Prozent recht hoch aus. Die Grünen sind damit wie auch die AfD eine Partei, die die Wählerinnen und Wähler stärker polarisiert als die übrigen Parteien, bei denen der Anteil an Gleichgültigen zwischen 22 (CDU) und 28 Prozent (FDP) schwankt (ohne Abbildung).

Abbildung 27: Parteisympathie: Bündnis 90/Die Grünen (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



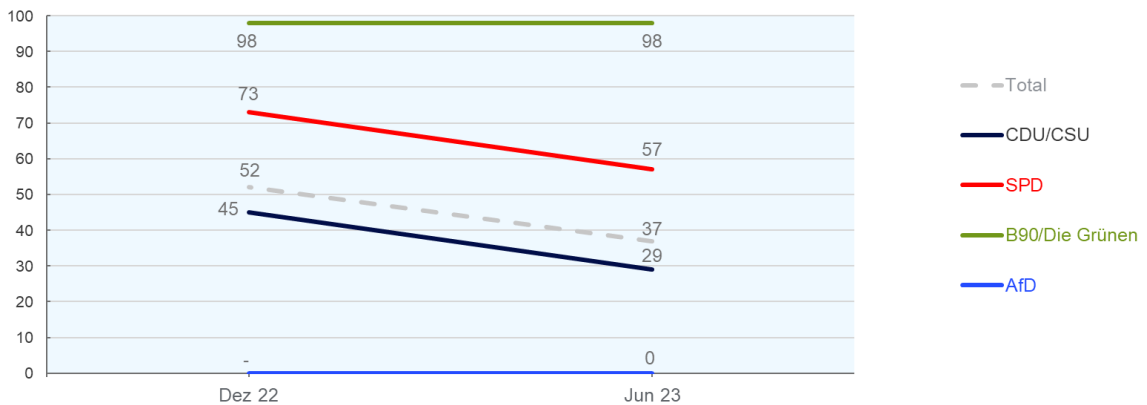
Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Die Grünen verlieren vor allem bei den Wählerinnen und Wählern der SPD und der Union an Sympathie. In der SPD-Wählerschaft sinkt die Sympathie für die Grünen von 73 auf 57 Prozent. Das entspricht einem Minus von 16 Punkten. Ebenfalls 16 Punkte büßen die Grünen in der Unionswählerschaft ein. Unter den Wählerinnen und Wählern der Union rutscht der Anteil, die die Grünen sehr oder etwas mögen, von 45 auf 29 Prozent. In der Wählerschaft der AfD gibt es dagegen keine Veränderung. Zu beiden Erhebungszeitpunkten liegt der Anteil an AfD-Wählerinnen und -Wählern, die die Grünen mögen, bei 0 Prozent. Zusätzlich fällt der Anteil an Gleichgültigen in dieser Gruppe mit 5 Prozent besonders niedrig aus. Stattdessen lehnen 9 Prozent der AfD-Wählerschaft die Grünen etwas ab und 85 Prozent lehnen sie sehr ab (ohne Abbildung). Keine andere Partei wird von der AfD-Wählerschaft so sehr abgelehnt wie die Grünen.

In den Wählerschaften von SPD und CDU/CSU zeigt sich im Juni 2023 ein leichter Ost-West-Unterschied in der Sympathie für die Grünen. Der „mag ich“-Anteil ist in der Wählerschaft der Union in beiden Landesteilen ähnlich, die Gleichgültigkeit gegenüber den Grünen ist aber in Ostdeutschland geringer als in Westdeutschland. Dafür ist die Ablehnung der Grünen in der ostdeutschen Unionswählerschaft etwas höher als in der westdeutschen Wählerschaft von CDU und CSU. Bei der SPD-Wählerschaft fallen sowohl der Anteil derjenigen, die die Grünen mögen, als auch derjenigen, denen die Grünen gleichgültig sind, in Ostdeutschland geringer aus als in Westdeutschland. Gleichzeitig lehnen mehr ostdeutsche SPD-Wählerinnen und -Wähler die Grünen ab als westdeutsche SPD-Wählerinnen und -Wähler (ohne Abbildung).

Abbildung 28: Parteisympathie: Bündnis 90/Die Grünen nach Parteipräferenz (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



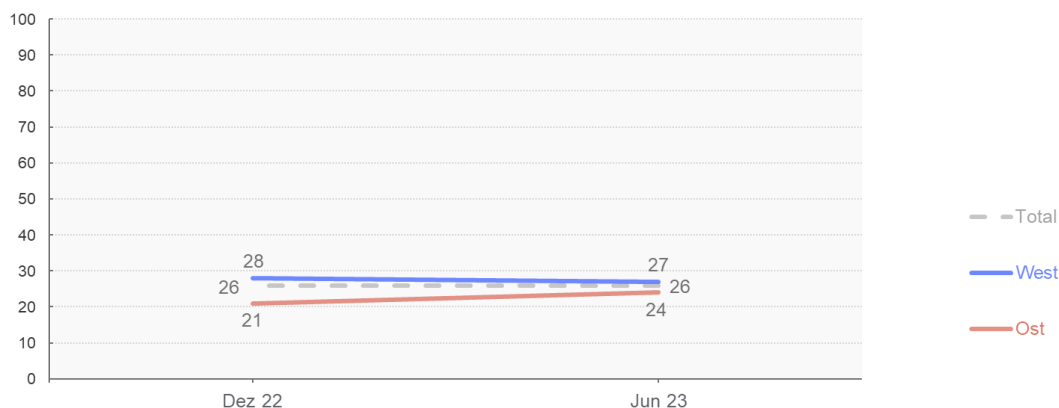
Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Die FDP bleibt als einziger der drei Ampel-Koalitionäre stabil in der Sympathie, war aber auch Ende 2022 deutlich weniger beliebt als SPD und Grüne. Unter allen Wahlberechtigten mögen 26 Prozent die FDP. In West- und Ostdeutschland sind die Anteile ähnlich hoch.

Die Sympathie für die FDP bleibt in den Wählerschaften der Union und der Grünen relativ stabil. Bei den Wählerinnen und Wählern der SPD sinkt die Sympathie für die FDP. Im Dezember 2022 mochten 29 Prozent der SPD-Wählerschaft die FDP, im Juni 2023 sind es 23 Prozent. Dagegen steigt die Sympathie für die FDP in der AfD-Wählerschaft von 4 auf 26 Prozent deutlich an. Damit ist der Anteil der AfD-Wählerinnen und -Wähler, die die FDP sehr oder etwas mögen, jetzt höher als in den Wählerschaften der SPD und der Grünen. Lediglich die Unionswählerschaft besitzt noch größere Sympathien für die Liberalen.

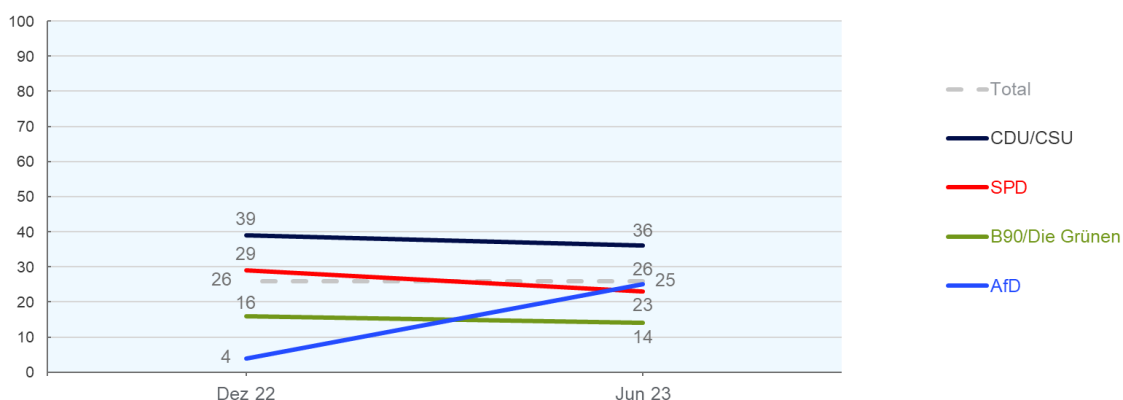
Abbildung 29: Parteisympathie: FDP (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Abbildung 30: Parteisympathie: FDP nach Parteipräferenz (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)

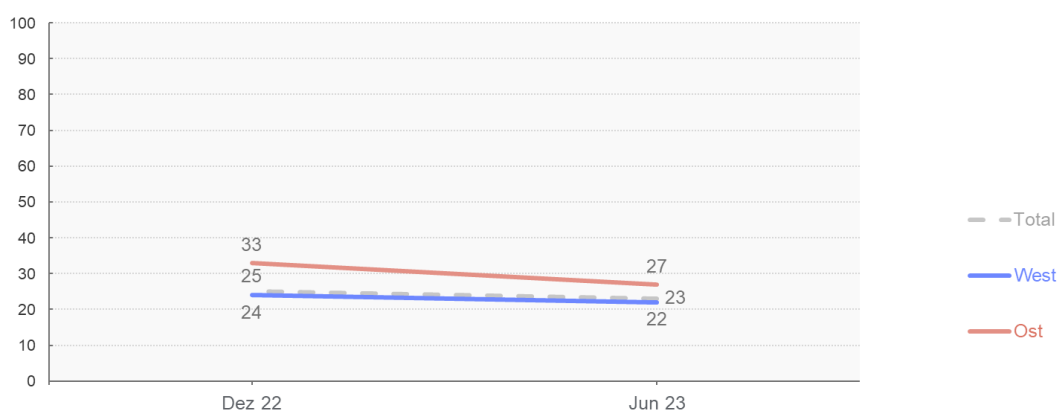


Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Insgesamt ist die Sympathie für die Linke relativ stabil. Der Ost-West-Vergleich zeigt jedoch, dass die Linke in Ostdeutschland leicht an Sympathie verliert. Ende 2022 mochten 33 Prozent die Linke, im Juni 2023 sagen das 27 Prozent der Ostdeutschen. In Westdeutschland hat sich der Sympathie-Anteil für die Linke kaum verändert und liegt immer noch leicht unter dem ostdeutschen Niveau.

Abbildung 31: Parteisympathie: Die Linke (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

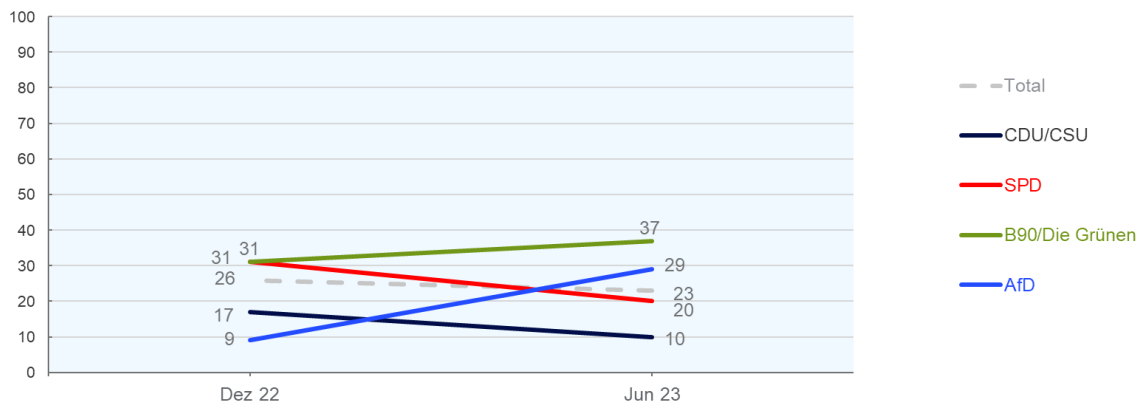
Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Bei der Entwicklung der Sympathie für die Linke gibt es große Unterschiede nach Parteipräferenz. In den Wählerschaften der SPD und der Union geht die Sympathie für die Linke von 31 auf 20 Prozent (SPD-Wählerschaft) bzw. von 17 auf 10 Prozent (CDU/CSU-Wählerschaft) zurück. Dagegen steigt die Sympathie für die Linke in der Grünen-Wählerschaft leicht von 31 auf 37 Prozent. Am deutlichsten fällt der Anstieg erneut in der AfD-Wählerschaft aus. Der Anteil an AfD-Wählerinnen und -Wählern, die die Linke mögen, steigt innerhalb von sechs Monaten von 9 auf 29 Prozent.

Dabei steigt die Sympathie für die Linke in der westdeutschen AfD-Wählerschaft (+26 Punkte) stärker als unter ostdeutschen Wählerinnen und Wählern der AfD (+9 Punkte). Dadurch ist die Linke unter westdeutschen AfD-Wählerinnen und -Wählern beliebter als unter ostdeutschen (34:19 Prozent, ohne Abbildung).

In der Unionswählerschaft ist es umgekehrt. Westdeutsche Unionswählerinnen und -wähler mögen die Linke seltener als ostdeutsche Wählerinnen und Wähler der Union (9:17 Prozent, ohne Abbildung).

Abbildung 32: Parteisympathie: Die Linke nach Parteipräferenz (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Die AfD gewinnt als einzige Partei insgesamt an Sympathie. Der Anteil an Wahlberechtigten, die die AfD sehr oder etwas mögen, steigt zwischen den beiden Erhebungen von 10 auf 17 Prozent. In Ostdeutschland fällt der Anstieg der Sympathie für die AfD moderat aus. Hier steigt die Sympathie für die AfD von 20 auf 24 Prozent. In Westdeutschland kommt es zu einem größeren Anstieg von 8 auf 15 Prozent. Damit ist die AfD immer noch in Ostdeutschland beliebter als in Westdeutschland, der Unterschied verringert sich aber leicht von 12 auf 9 Punkte.

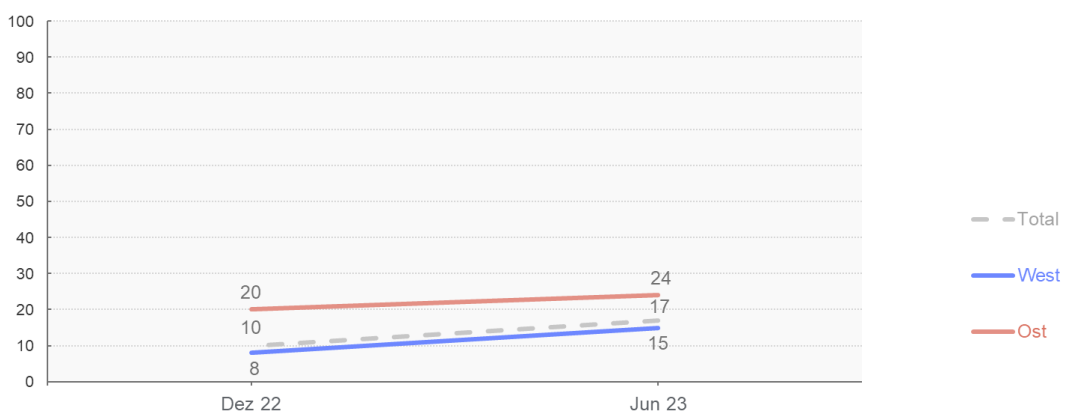
Dennoch bleibt die AfD die am wenigsten beliebte Partei. Wie schon die Grünen polarisiert die AfD stärker als die meisten Parteien. Nur 10 Prozent ist die AfD gleichgültig. Stattdessen lehnen sie 9 Prozent etwas und 57 Prozent sehr ab. Das ist unter allen Parteien die höchste Ablehnung (ohne Abbildung).

Die Entwicklung der Sympathie für die AfD nach Parteipräferenz ergibt ein auf den ersten Blick überraschendes Bild. Obwohl die Gesamtb Liebtheit der AfD steigt, zeigt sich in keiner Wählerschaft ein Anstieg.² In den Wählerschaften der Union und der SPD gibt es unverändert wenig Sympathie für die AfD. In der Grünen-Wählerschaft gibt es 0 Prozent, die die AfD mögen. Gleichzeitig lehnen 6 Prozent der Grünen-Wählerschaft die AfD etwas und 90 Prozent lehnen sie sehr ab (ohne Abbildung). Das war umgekehrt genauso in der AfD-Wählerschaft gegenüber den Grünen. Die Abneigung beruht also auf Gegenseitigkeit.

Zusätzlich ist die Sympathie der AfD-Wählerschaft für die eigene Partei unverändert. Es kann nur eine Erklärung für diesen Befund geben: Die im Vergleich zu 2022 größere Gruppe der AfD-Wählerschaft führt zu einem Anstieg der Sympathie, da die „neuen“ AfD-Wählerinnen und -Wähler die Partei nun auch sehr oder etwas mögen, auch wenn sie das vorher offenbar nicht getan haben.

In den Wählerschaften der Union und der SPD zeigt sich allerdings ein Ost-West-Unterschied. In beiden Gruppen ist die AfD in Ostdeutschland beliebter als in Westdeutschland. 5 Prozent der westdeutschen Unionswählerinnen und -wähler mögen die AfD, aber 17 Prozent der ostdeutschen Wählerinnen und Wähler von CDU/CSU. Bei der SPD-Wählerschaft mögen in Westdeutschland 0 Prozent die AfD, in Ostdeutschland dagegen 11 Prozent (ohne Abbildung).

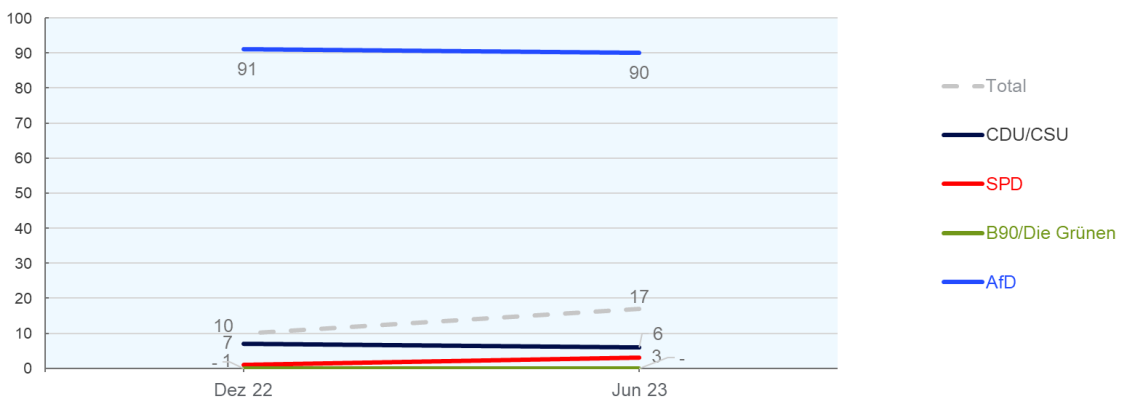
Abbildung 33: Parteisympathie: AfD (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Abbildung 34: Parteisympathie: AfD nach Parteipräferenz (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



Quellen: Umfragen 1039 und 1040 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Fazit

Politische Einstellungen sind normalerweise relativ stabil und ändern sich nicht über Nacht. Umso überraschender sind die teils deutlichen Veränderungen von über 10 oder gar über 20 Prozentpunkten zwischen Dezember 2022 und Juni 2023, also einem eher kurzen Zeitraum. Ob diese Veränderungen sich nun stabilisieren, wieder zurückgehen oder sich verstärken werden, bleibt abzuwarten.

Die Demokratiezufriedenheit sinkt um 14 Prozentpunkte, in Westdeutschland stärker als in Ostdeutschland und in der Grünen-Wählerschaft stärker als in anderen Wählergruppen. In Westdeutschland sind nun nur noch 41 Prozent sehr zufrieden oder zufrieden mit der Demokratie, in Ostdeutschland sogar nur 30 Prozent. Zwar sind die Grünen-Wählerinnen und -Wähler immer noch zufriedener mit der Demokratie als die anderen Wählergruppen, aber mit einem Minus von 16 Punkten auf nun 68 Prozent kann man durchaus von einem Einbruch der Demokratiezufriedenheit in der Grünen-Wählerschaft sprechen.

Das Vertrauen in den Bundestag und die Bundesregierung sinken, vor allem unter Wählerinnen und Wählern von CDU/CSU und SPD. Bei der Wählerschaft der Union mag man noch annehmen, das könne daran liegen, dass sich die Union nun in der Opposition befindet. Dass aber selbst die Wählerschaft der SPD der SPD-geführten Regierung und dem Bundestag als Ganzem deutlich weniger Vertrauen entgegenbringt als noch vor sechs Monaten, ist eher erstaunlich.

Der Optimismus für die Zukunft sinkt in den Wählerschaften von Union, SPD und Grünen, also gerade in den Wählergruppen, die bisher unerschütterlich optimistisch in die Zukunft blickten. Die Wählerinnen und Wähler der AfD waren bisher immer besonders pessimistisch. In dieser Gruppe steigt dagegen der Optimismus um 21 Prozentpunkte an. Dadurch verringern sich die Unterschiede beim Optimismus deutlich zwischen allen Wählergruppen.

Die Sympathie für CDU, CSU und FDP ist stabil. Dagegen sinkt die Sympathie für SPD und Grüne, vor allem in Westdeutschland, wo beide Parteien bisher deutlich beliebter waren als in Ostdeutschland. Die Linke büßt in Ostdeutschland leicht an Beliebtheit ein. Einzig die AfD gewinnt in Ost- und Westdeutschland an Beliebtheit hinzu.

In früheren Umfragen hatten die Wählerinnen und Wähler der AfD durchgängig keine Sympathien für andere Parteien als die AfD (Neu/Pokorny 2021). Das war auch im Dezember 2022 noch so. Im Juni 2023 äußern sie erstmals nennenswerte Sympathien für CDU, CSU, FDP und Linke.

Zwischen den Wählerschaften der Grünen und der AfD gibt es wie schon in früheren Umfragen eine ausgeprägte gegenseitige Abneigung (Roose 2021). 94 Prozent der AfD-Wählerschaft lehnen die Grünen sehr oder eher ab. Gleichzeitig lehnen 96 Prozent der Grünen-Wählerschaft die AfD sehr oder eher ab. Zusätzlich weisen Grüne und AfD die geringsten Anteile an Personen auf, die den beiden Parteien gleichgültig gegenüberstehen. Wie schon eine frühere Studie zeigte, verläuft die Polarisierung in Deutschland zwischen diesen beiden Polen, die Wählerschaft der Grünen auf der einen und die der AfD auf der anderen Seite (Roose 2021).

Literatur

Hirndorf, Dominik/Roose, Jochen, 2023: Welchen Nachrichten kann man noch trauen? Angst vor Desinformation und Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien – repräsentative Umfragen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Neu, Viola, 2020: Mehrheit schaut optimistisch in die Zukunft. Krisenbarometer der Konrad-Adenauer-Stiftung. Folge 8 – letzte Ausgabe. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Neu, Viola, 2023: „Das ist alles bewiesen“. Ergebnisse aus repräsentativen und qualitativen Umfragen zu Verschwörungstheorien in Deutschland. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Neu, Viola/Pokorny, Sabine, 2021: Vermessung der Wählerschaft vor der Bundestagswahl 2021. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu politischen Einstellungen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Pokorny, Sabine, 2020: Regionale Vielfalten 30 Jahre nach der Wiedervereinigung. Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den politischen Einstellungen in Deutschland. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Roose, Jochen, 2021: Politische Polarisierung in Deutschland. Repräsentative Studie zu Zusammenhalt in der Gesellschaft. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Roose, Jochen, 2020a: Sie sind überall. Eine repräsentative Umfrage zu Verschwörungstheorien. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Roose, Jochen, 2020b: Verschwörung in der Krise. Repräsentative Umfragen zum Glauben an Verschwörungstheorien vor und in der Corona-Krise. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

¹ In den Grundlagenstudien zu den Verschwörungstheorien (Roose: 2020a, 2020b) konnten die Befragten die Aussage "Es gibt geheime Mächte, die die Welt steuern" als sicher richtig, wahrscheinlich richtig oder wahrscheinlich falsch, sicher falsch einstufen. Nach der Frage zu den geheimen Mächten wurde ohne Antwortvorgabe nachgefragt "An welche geheimen Mächte denken sie". "Diese offene Nachfrage erlaubt es, Missverständnisse festzustellen, aber auch näher zu ergründen, welche Verschwörung vermutet wird. Auf Basis dieser Antworten wurden Angaben ausgeschlossen, die eine jenseitige Macht benennen (beispielsweise „Gott“ oder „Schicksal“) oder eine abstrakte Handlungslogik (beispielsweise „Streben nach Geld“ oder „Streben nach Macht“). Ziel war es dabei, Antworten auszuschließen, die nicht von einer Verschwörung von Menschen oder Organisationen ausgehen, sondern eben von einem Einfluss abstrakter oder transzendenter Kräfte" (Roose 2020a: 21). Insgesamt gehen die Antworten zu der Frage weit auseinander und spiegeln das weite Spektrum der üblichen Verdächtigen im Bereich Verschwörung wider. Zudem unterscheiden sich die korrigierten Werte nur geringfügig von den nicht korrigierten Werten. Bei der Antwortkategorie "sicher richtig" geht der Anteil zwischen 0,4 bis 0,6 Punkte zurück. Bei der Antwortkategorie "wahrscheinlich richtig" um 1,6 bis 0,7 Punkte (insgesamt 1,1 bis 2,1 Prozentpunkte). Daraufhin wurde die Nachfrage nicht mehr gestellt. In einer Umfrage zum Extremismus (Neu 2023) wurde die Nachfrage noch gestellt, aber nicht mehr ausgewertet, da der Unterschied 1,1 Prozentpunkte beträgt.

² Auch in den wegen zu geringer Fallzahl nicht ausgewiesenen Wählerschaften der FDP und der Linken gibt es keinen Anstieg der Sympathie für die AfD.

Impressum

Die Autorin

Dr. Sabine Pokorny ist Referentin in der Abteilung Wahl- und Sozialforschung in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Sabine Pokorny

Abteilung Wahl- und Sozialforschung
Hauptabteilung Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3544

Sabine.Pokorny@kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2023, Berlin

Gestaltung: yellow too, Pasiak Horntrich GbR

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).